

Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit – Teil 1: Vom Mittelalter bis zur Industrialisierung

Fortbestehende Arbeitslosigkeit in nicht unbeträchtlichem Umfang gehört seit nunmehr rund drei Jahrzehnten wieder zum Normalzustand des deutschen Arbeitsmarktes. Sie belastet nicht nur die unmittelbar betroffenen Menschen, sondern auch die Systeme der sozialen Sicherung und die Beitragszahler erheblich – von indirekten Folgen ganz zu schweigen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns permanent mit vielfältigen Aspekten des Phänomens Arbeitslosigkeit auseinandersetzen, wobei stets eine gewisse Gefahr besteht, unter dem Eindruck des „hier und jetzt“, des alltäglichen Problemhandelns, den Blick für die Grundstrukturen und langfristigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes zu verlieren. Um dem ein Stück weit entgegenzuwirken sei ein kurzer Blick in die Geschichte der Arbeitslosigkeit gestattet¹. Dies soll in drei Teilen geschehen. Zunächst wird es um Arbeitslosigkeit in vor- und frühindustriellen Gesellschaften gehen: Vor der Industrialisierung gab es zwar schon Arbeitslose, doch sie unterschieden sich nicht von den „Armen“, da die Spezifik ihres Problems außerhalb gesellschaftlicher Wahrnehmungsmuster lag. Mit der Industrialisierung begann dann die allmähliche Herauslösung der Arbeitslosigkeit aus dem allgemeineren Kontext der Armutsfrage. Im zweiten Teil befassen wir uns mit der Zeitspanne von der Gründerzeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, der dritte Teil reicht von der Wirtschaftswunderära bis zum Beginn der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Wir beginnen mit dem ersten Teil im vorliegenden Heft, die beiden anderen Teile werden in den folgenden Ausgaben dieser Zeitschrift erscheinen.

In vorindustriellen Gesellschaften war Erwerbslosigkeit im heutigen Sinne nur ein geringes Problem, da nur wenige Menschen ausschließlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben mussten. Arbeitskräfte und Produktionsmittel waren in der damals vorherrschenden Form der schollengebundenen bäuerlichen Arbeit² nicht getrennt. Lohnarbeit gab es zwar bereits im Mittelalter, sie war jedoch auf kleine Bevölkerungssegmente beschränkt. Die meisten Armen waren zwar erwerbslos, aber nur deshalb, weil sie landlos waren, d. h. keinen Acker hatten, den sie bestellen konnten. In den entstehenden Städten war die Lohnarbeit, zumindest in den qualifizierten Handwerksberufen, durch die Zünfte geregelt; wer als Geselle aufgenommen war, musste sich um seinen Arbeitsplatz in der Regel keine Sorgen machen – abgesehen von Auseinandersetzungen um Lohnhöhe, Arbeitszeit und Statusfragen, die es auch damals bereits gab. Der Sozialstatus eines mittelalterlichen Handwerksgehilfen war auch ganz anders ausgeprägt als der eines Arbeiters³. Gesellen waren quasi Mitglieder der Familie des Meisters, ähnlich wie die Klientel von Patriziern oder Gesinde und Gefolgsleute von Adligen. Der heutige Begriff von Lohnarbeit lässt sich also nicht ohne weiteres auf zünftige Handwerksgehilfen in Mittelalter und früher Neuzeit übertragen.

In Mittelalter und Neuzeit haben immer wieder Migrationsbewegungen unterschiedlichen Umfangs vom Land in die Städte stattgefunden. „Stadtluft macht frei“, hieß es damals. Auf diese Weise versuchten Bauern, die von ihren Feudalherren bedrängt wurden oder deren Existenz durch Krieg, Seuchen, Naturkatastrophen oder Überbevölkerung gefährdet oder vernichtet worden waren, ihre Scholle zu verlassen und in der Stadt ein neues Leben zu beginnen. Nicht allen diesen landflüchtigen Bauern gelang die wirtschaftliche und soziale Integration in das in Zünften, Gilden und ordentlichen Gewerben organisierte und institutionalisierte Leben der eingesessenen Stadtbürger vor allem mittlerer und oberer Schichten. Viele mussten ihr Leben als ‚outsider‘ dieses Sozialsystems fristen. Sie arbeiteten beispielsweise als Tagelöhner im Bauwesen, als Lastenträger, Fuhrknechte oder als Arbeiter in zunftfreien Gewerben; sie gehörten nicht zu einem Bürger- oder Handwerkerhaushalt, und konnten selbst keinen gründen.

Sie waren auf Lohnarbeit angewiesen und bildeten eine städtische Unterschicht. Lohnarbeit kam neben anderen Formen der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit (Fronarbeit, Zwangsarbeit, Kleinpacht, arbeitende Unternehmer) auch in den ländlichen, vorindustriellen Zentren des Bergbaus und der Metallherzeugung vor, so etwa in Ostbayern, Böhmen oder in Tirol (vgl. Frerich/Frey 1993). Lohnarbeit mit allen ihren Begleitphänomenen – Arbeitsmarkt, Streik, Erwerbslosigkeit – lässt sich in Europa seit dem späten 13. Jahrhundert sicher nachweisen. Fernand Braudel meint hierzu, dass „... der Übergang zur Lohnarbeit (...) vielfach frühzeitig auftritt und v. a. größere Menschenzahlen erfasst als gewöhnlich angenommen“ (1986: 47). Wenn vorindustrielle Lohnarbeiter keine bezahlte Arbeit hatten, waren sie zunächst auf familiäre Unterstützung angewiesen⁴, wo diese nicht mehr ausreichte, griffen bestenfalls noch kirchliche, städtische oder später auch landesherrliche Einrichtungen der Armenfürsorge, schlimmstenfalls blieb nur das (zum Teil ebenfalls zunftmäßig organisierte) Betteln. Vielen landlos gewordenen Menschen gelang es indes nicht, an der neuentstehenden Erwerbsform der Lohnarbeit zu partizipieren; auch ihnen blieb meist nur Betteln und Vagabundentum. Herrschaftliche und familiäre Versorgungspflichten, kirchliche und kommunale Armenfürsorge, aber auch Kriegs- und Kreuzzüge, Landnahmen und Siedlungsbewegungen bildeten für Mittelalter und frühe Neuzeit typische „Institutionen“, die landlose und arbeitslose Außenseiter der Gesellschaft aufnehmen konnten. Diese Institutionen bestanden allerdings nur in räumlich, zeitlich und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit äußerst begrenztem Ausmaß und waren zudem höchst instabil: So brach etwa bei Naturkatastrophen und Hungersnöten sehr schnell auch die familiäre und feudalherrliche Fürsorge zusammen, stabiler waren noch kirchliche oder städtische Einrichtungen. Kriege und Kreuzzüge, solange sie auch dauern mochten, konnten ebenfalls nur zeitweise land- und arbeitslose Bevölkerungsgruppen aufnehmen. Diesen „etablierten“, integrativen Institutionen standen durch Selbstorganisation gebildete Zusammenschlüsse von eher desintegrativer Funktion gegenüber: Bettlerzünfte, Räuber- und Söldnerbanden sowie religiöse Erweckungsbewegungen, die damals häufig auch die kirchliche und weltliche Ordnung und Eigentumsverteilung in Frage stellten. All dies wurde von weltlichen und geistlichen Machthabern oft blutig bekämpft (vgl. DUBY 1981: 472 ff.).

Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Landlosigkeit, Armut und Arbeitslosigkeit war dementsprechend äußerst ambivalent: Arme Individuen wurden geduldet und z. T. alimentiert, besonders wenn es sich um Verwandte oder Personen mit gottesfürchtigem Lebenswandel handelte, deren Lage an die religiöse Verpflichtung wohlhabenderer Menschen zu Nächstenliebe und „guten Werken“ appelierte. Armut wurde in solchen Fällen als Schicksalsschlag interpretiert. In den Fällen hingegen, wo sich Kollektive von Armen, Land- und Arbeitslosen bildeten, die sich zudem religiös abweichend verhielten oder gar zu bewaffneten Handlungen wie Raub oder Rebellion neigten, verwandelte sich Toleranz schnell in Misstrauen, Ausgrenzung, Kriminalisierung und Verketzerung. Armut, Land- und Arbeitslosigkeit galten dann als göttliche Strafe für begangene Sünden. Landlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Armut als Massenphänomene passten einfach

¹ Vgl. hierzu ausführlicher Niess 1979, Kosche/Bach 1991, Frerich/Frey 1993.

² Zur Geschichte des Begriffs Arbeit vgl. Brunner/Conze/Koselleck (1997): 154–242

³ Durch das Aufkommen von Manufakturen und durch die Industrialisierung näherten sich beide Gruppen jedoch in der Neuzeit immer mehr an.

⁴ Mitunter kam es auch zu Rückwanderungsbewegungen in ländliche Gebiete.

nicht in das mittelalterliche Weltbild der gottgegebenen funktionalen Wechselbeziehungen der verschiedenen Stände und stellten damit die göttliche Ordnung in Frage, selbst wenn sich die Angehörigen sozialer Bewegungen der Armen friedlich verhielten.

Weit über das Mittelalter hinaus begegnet uns die Kriminalisierung von land- und arbeitslosen Armen. Die bei Marx (1867), Thompson (1963) und anderen beschriebenen drakonischen Strafen für Bettel und Vagabundentum belegen dies eindrucksvoll. Interessant ist hierbei, dass sich die gesellschaftliche Wahrnehmung teilweise in Richtung eines individuellen Verschuldens der Armut zu bewegen scheint. Später, etwa ab dem 17. Jahrhundert, mancherorts bedeutend früher, lösten Deportation und/oder Zwangsarbeit häufig die mittelalterlichen Körperstrafen ab, Voraussetzungen hierfür waren die Entwicklung des Manufakturwesens und der einsetzenden überseeischen Kolonisation. Arbeiter insgesamt werden als „unterhalb der ständischen Gesellschaft“ (Conze 1997: 217) stehende, verdächtige wenn nicht gar gefährliche Personengruppe begriffen.

Festzuhalten bleibt für diese Epoche, dass Erwerbslosigkeit bzw. Arbeitslosigkeit faktisch und in der gesellschaftlichen Wahrnehmung kaum zu trennen sind von der Erscheinung der Landlosigkeit und der Ausgeschlossenheit von familialer oder herrschaftlicher Fürsorge.

An der äußerst dürftigen Stellung der Arbeitslosen änderte sich auch mit der Industrialisierung zunächst wenig, obwohl immer weitere Kreise der Bevölkerung auf Lohnarbeit angewiesen waren. Am Vorabend der Industrialisierung – etwa um das Jahr 1800 – waren in Deutschland, wie in den anderen europäischen Staaten, etwa 80% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, rund 8% in der Industrie und etwa 12% im Dienstleistungssektor. 1925 waren in Deutschland bereits 43% der Bevölkerung in der Industrie, bzw. im sekundären Sektor tätig (Fourastié 1969: 109 ff.). Begleit- und Stützphänomene der Industrialisierung waren die Revolutionierung der Agrarproduktion, Fortschritte im Gesundheitswesen, die Bauernbefreiung, Urbanisierung und ein rapides Bevölkerungswachstum.

Erwerbslosigkeit hat den Industrialisierungsprozess stets periodisch begleitet. So litten beispielsweise bereits im England des 17. Jahrhunderts etliche Bezirke unter hoher Erwerbslosigkeit, die durch den starken Absatzrückgang englischer Wolltuche auf dem kontinentaleuropäischen Markt verursacht worden war (Braudel 1986/II: 378). Im später industrialisierten Deutschland trat offene Erwerbslosigkeit größeren Umfangs erstmals im 19. Jahrhundert auf, zunächst vor allem in entwickelteren Gewerbe-Regionen. Latente Überbeschäftigung gab es allerdings schon länger. Arbeitslosigkeit trat häufig nicht offen zutage, weil die Allokation von Arbeit bis weit ins 19. Jahrhundert hinein zu großen Teilen nicht über echte Arbeitsmärkte stattfand, sondern familial gebunden war. So wurden auch Arbeitskräfte mit beschäftigt, die nach rein ökonomischen Gesichtspunkten überflüssig gewesen wären. Dies führte allerdings teilweise zu erheblicher Verelendung der betroffenen Bevölkerungskreise, weil die Produktivität der wirtschaftlichen Einheiten nicht gesteigert werden konnte, aber eine wachsende Zahl von Haushaltsangehörigen ernährt werden musste. Auch kehrten Arbeitskräfte in der Frühphase der Industrialisierung bei Arbeitslosigkeit häufig in die familiäre Landwirtschaft zurück, was die industrielle Erwerbslosigkeit ebenfalls latent hielt.⁵ Institutionen der Arbeitslosenfürsorge gab es jenseits der dürftigen Armenpflege nicht; es dominierte die Wahrnehmung von Arbeitern und Arbeitslosen als „Pöbel“ und „Proletariat“⁶ (Conze 1954). War die Arbeitslosigkeit vormals Bestandteil von mittelalterlicher Armut und Landlosigkeit gewesen, so war sie im beginnenden Industriezeitalter eines unter vielen Existenzrisiken des ohnehin noch eine soziale Außenseiterrolle spielenden Proletariats. Es bedurfte in der Folgezeit einer stärkeren Verallgemeinerung der von Erwerbsarbeit abhängigen Existenzformen, bevor sich Arbeitslosigkeit als – auch begrifflich – eigenständiger sozialer Problembereich ausdifferenzieren konnte.

... Fortsetzung folgt

Literatur:

- Braudel, F. (1986): Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts, 3 Bde., München
- Brunner, O./Conze, W./Koselleck, R. (Hrsg., 1997): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland. 5. Aufl., Stuttgart (1. Aufl. 1979)
- Conze, W. (1954): Vom Pöbel zum Proletariat. In: Vjschr. f. Sozial- und Wirtschaftsgesch., 41. Jg.
- Conze, W. (1997): Arbeit, Arbeiter. In: Brunner, O./Conze, W./Koselleck, R. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Stuttgart
- Duby, G. (1981): Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus. Frankfurt
- Fourastié, J. (1969): Die große Hoffnung des XX. Jahrhunderts. Köln
- Frerich, J./Frey, M. (1993): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, 3 Bde., München/Wien
- Kosche, E./Bach, H. W. (1991): Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Sozialer Fortschritt, 40. Jg., S. 122–132
- Malthus, Th. R. (1798): An essay on the principle of population, as it affects the future improvement of society, with remarks on the speculations of Mr. Godwin, M. Condorcet, and other writers. London
- Marx, K. (1867): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 1: Der Produktionsprozess des Kapitals. Berlin (zitiert nach der Ausgabe von 1964: MEW 23)
- Niess, F. (1979): Geschichte der Arbeitslosigkeit. Köln
- Thompson, E. P. (1963): The Making of the English Working Class, London

⁵ Auf solche Phänomene geht die Bevölkerungstheorie des Engländer Thomas Malthus zurück, der die Auffassung vertrat, die Bodenerträge würden nur in „arithmetischer“ (= linearer), die Bevölkerung hingegen in „geometrischer“ (= quadratischer) Progression wachsen, Verelendung und Hungersnöte seien die Folge, durch die die Bevölkerung soweit dezimiert würde, bis sie wieder der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft entspräche (Malthus 1798).

⁶ Dieser Begriff erfuhr jedoch in der Folge eine Wandlung hin zu einer pathetisch-positiven Konnotation.

EINBANDDECKEN

für den Jahrgang 2004 unserer Fachzeitschrift
zum Stückpreis von 16,65 Euro
(inkl. Portokosten und MwSt.).

Zu beziehen über:

Buchdruckerei Joh. Wagner & Söhne KG,
Kasinostraße 22, 65929 Frankfurt am Main

Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit – Teil 2: Von der Gründerzeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges

Fortbestehende Arbeitslosigkeit in beträchtlichem Umfang gehört seit nunmehr rund drei Jahrzehnten wieder zum Normalzustand des deutschen Arbeitsmarktes. Sie belastet nicht nur die unmittelbar betroffenen Menschen, sondern auch die Systeme der sozialen Sicherung und die Beitragszahler erheblich – von indirekten Folgen ganz zu schweigen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns permanent mit vielfältigen Aspekten des Phänomens Arbeitslosigkeit auseinandersetzen, wobei stets eine gewisse Gefahr besteht, unter dem Eindruck des „hier und jetzt“, des alltäglichen Problemhandelns, den Blick für die Grundstrukturen und langfristigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes zu verlieren. Um dem ein Stück weit entgegenzuwirken, sei ein kurzer Blick in die Geschichte der Arbeitslosigkeit gestattet! Dies geschieht in drei Teilen: Den Anfang der Betrachtung machte die Arbeitslosigkeit in vor- und frühindustriellen Gesellschaften. Vor der Industrialisierung gab es zwar schon Arbeitslose, doch sie unterschieden sich nicht von den übrigen „Armen“, da die Spezifik ihres Problems außerhalb gesellschaftlicher Wahrnehmungsmuster lag. Mit der Industrialisierung begann dann die allmähliche Herauslösung der Arbeitslosigkeit aus dem allgemeineren Kontext der Armutsfrage. Im folgenden zweiten Teil befassen wir uns mit der Arbeitslosigkeit von der Gründerzeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, der dritte Teil reicht von der Wirtschaftswunderära bis zum Beginn der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts – er erscheint demnächst an dieser Stelle.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts befand sich Deutschland – wie andere europäische Länder auch – zunächst in einer langen wirtschaftlichen Expansionsperiode, sie dauerte von ca. 1850 bis 1871. In dieser Zeit entstanden viele handwerklich-industrielle Arbeitsplätze, vor allem im Maschinenbau und Bergbau. Die Gründerkrise von 1873 und die hinzugekommene Agrarkrise seit 1876 führten zur so genannten „großen Depression“, die dann 1879 von einem Auf und Ab der Konjunktur bis zur Jahrhundertwende abgelöst wurden. Alle Wirtschaftskrisen waren von zeitgleich auftretender Arbeitslosigkeit begleitet, zu der es jedoch kaum statistische Informationen gibt. Von etwa 1895 bis 1913 herrschte in Deutschland Hochkonjunktur, unterbrochen nur von zwei kürzeren Rezessionen.

Auch am Ende des 19. Jahrhunderts bedeutete Arbeitslosigkeit für die Betroffenen in vielen Fällen den Abstieg ins Elend. Initiativen der sozialen Unterstützung gingen, so vorhanden, am ehesten von der Arbeiterbewegung aus. Manche Gewerkschaften² zahlten Unterstützung an arbeitslos gewordene Mitglieder, zudem unterhielten sie Stellenvermittlungsbüros, die so genannten

Arbeitsnachweise. Arbeitslosigkeit war immer noch ein ausschließliches Problem der „Arbeiterklasse“; für die bürgerliche Öffentlichkeit war sie zunächst – sofern sie überhaupt wahrgenommen wurde – bestenfalls ein Teil der „sozialen Frage“ oder „Arbeiterfrage“. Mit der Entstehung und Verbreitung von Organisationen der ArbeitnehmerInnen (z.B. Gewerkschaften, Unterstützungsvereine, Krankenkassen) entstanden innerhalb der „Arbeiterklasse“ die ersten Institutionen der Erfassung, Dokumentation und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dies blieb längerfristig nicht ohne Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt: So veröffentlichte das Kaiserliche Amt für Statistik um 1890 erstmals die Arbeitslosenzahlen der Krankenkassen und Gewerkschaften im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches. Im ausgehenden 19. Jahrhundert begann sich die Arbeitslosigkeit als faktisch und kognitiv eigenständiges soziales Phänomen zu entwickeln, aus dem Schatten ihrer Nachbarerscheinungen zu treten und auszudifferenzieren.

Tabelle 1: Erwerbslosigkeit in Deutschland von 1887–1920

(Arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder in % aller Mitglieder³)

1887: 1,0	1895: 3,5	1903: 2,7	1911: 1,9	1919: 3,7
1888: 4,5	1896: 1,0	1904: 2,1	1912: 2,0	1920: 3,8
1889: 1,0	1897: 1,5	1905: 1,6	1913: 2,9	
1890: 2,5	1898: 1,0	1906: 1,2	1914: 7,2	
1891: 4,5	1899: 1,5	1907: 1,6	1915: 3,2	
1892: 6,0	1900: 2,5	1908: 2,9	1916: 2,2	
1893: 3,5	1901: 7,2	1909: 2,8	1917: 1,0	
1894: 3,5	1902: 3,2	1910: 1,9	1918: 1,2	

(Bis 1913 nach Kuczinsky 1962, 1914–1920 nach Galenson/Zeller 1957)

Die Erwerbslosigkeit des 19. Jahrhunderts war innerhalb der Arbeitnehmerschaft sozial hoch selektiv: Gut qualifizierte Arbeiter und gar Angestellte waren unterdurchschnittlich häufig und lange erwerbslos und kamen häufiger in den Genuss von Arbeitslosenunterstützung, wenn sie erwerbslos wurden. Auch das finanzielle Niveau der Unterstützung war deutlich höher als bei unqualifizierten Arbeitern.

Umstrukturierungen von der Friedens- zur Kriegswirtschaft und die Mobilmachung ließen zum Beginn des ersten Weltkrieges die Arbeitslosenzahlen stark ansteigen, nach kurzer Zeit mündete die kriegsbedingte Beschäftigungslage jedoch in einen Arbeitskräftemangel, der bald zu einer Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit führte.

Nach dem ersten Weltkrieg entstand erneut hohe Arbeitslosigkeit in der Demobilisierungsphase, die jedoch durch das Herausdrängen von Frauen aus dem Arbeitsmarkt und durch die inflationsbedingte Hochkonjunktur bald zurückging. Die Stabilisierung der Währung, der Ruhrkampf und weltwirtschaftliche Stagnationstendenzen führten seit etwa 1923 zu einem von zyklischen Schwankungen überlagerten Anstieg der Erwerbslosigkeit in Deutschland.⁴

1927 wurde mit dem Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVAVG) die allgemeine Arbeitslosenversicherung eingeführt; dies bedeutete, dass erstmals ein Teil des Risikos der Erwerbslosigkeit von den betroffenen Individuen auf die Gemeinschaft der Beitragszahler – Arbeitgeber eingeschlossen – verlagert wurde, die den Arbeitslosen Unterstützung zukommen ließ. Wenig später erlitt die Arbeitslosenversicherung ihre erste Krise, als infolge der durch die einsetzende Weltwirtschaftskrise verursachten hohen Erwerbslosigkeit große Zuschüsse aus dem Staatshaushalt nötig wurden – eine Situation, die auch heutigen Beobachtern nicht ganz fremd sein dürfte.

¹ Vgl. hierzu ausführlicher Niess 1979, Kosche/Bach 1991, Freich/Frey 1993.

² Die Schätzungen des Umfangs der Arbeitslosigkeit, die für diese Zeit vorgenommen werden, stützen sich zunächst auf die Angaben der Gewerkschaften über arbeitslose Mitglieder, später auf die Zahlen der Krankenkassen – beides wird in der Literatur als äußerst selektiv und fehlerbehaftet bewertet, mangels Alternativen jedoch akzeptiert.

³ Die Aussagekraft dieses Indikators für das absolute Niveau der Erwerbslosigkeit ist problematisch, da zum einen die Gewerkschaften damals nur einen relativ kleinen Teil der Arbeitnehmer organisierten, die Gewerkschaftsmitgliedschaft eines Beschäftigten Einfluss auf dessen Arbeitsmarktsituation haben kann, und überdies nicht alle Gewerkschaften die Erwerbslosigkeit in ihren Reihen erfasst bzw. gemeldet haben. Zur Geschichte der gewerkschaftlichen Organisationsentwicklung vgl. z. B. Schönhoven (1987).

⁴ Zur Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik siehe Petzina (1987).

Das Massenphänomen der Erwerbslosigkeit der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre bildete einen wichtigen Faktor bei der Radikalisierung und Destabilisierung des politischen Klimas der späten Weimarer Republik. Massenarbeitslosigkeit in Verbindung mit politischer Instabilität wurde daher geradezu zum Schreckgespenst der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, wie sich in der negativ besetzten Metapher der „Weimarer Verhältnisse“ zeigt.

Tabelle 2: Erwerbslosigkeit in der Weimarer Republik⁵
(Arbeitslose in % der Arbeitnehmer)

1921: 1,8	1924: 4,9	1927: 6,2	1930: 15,7	1933: 26,3
1922: 1,1	1925: 3,4	1928: 7,0	1931: 23,9	
1923: 4,1	1926: 10,0	1929: 9,6	1932: 30,8	

(Quellen: 1921–1927: Berechnungen von Petzina u. a. [1978: 119]; 1928–1933: Statistisches Bundesamt 1972)

Der hohe Stellenwert des Problems der Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik macht jedoch auch deutlich, dass sich mit der hohen Verallgemeinerung lohnabhängiger Existenzformen die Arbeitslosigkeit vollständig als eigenständiger sozialer Problembereich mit eigenen Institutionen entwickelt hat.

Im Faschismus verschwand die Erwerbslosigkeit von der Oberfläche der Gesellschaft, zunächst durch Arbeitsbeschaffungs- und Beschäftigungsprogramme, die bald durch Einführung von schlecht entlohnter Quasi-Zwangsarbeit für Erwerbslose im so genannten Reichsarbeitsdienst und bei Notstandsarbeiten ergänzt wurde.

Tabelle 3: Erwerbslosigkeit in der NS-Ära
(Arbeitslose Krankenkassenmitglieder in % aller KK-Mitglieder)⁶

1933: 26,1	1935: 11,6	1937: 4,6	1939: 0,6
1934: 13,7	1936: 8,3	1938: 2,1	1940: 0,25

(Quelle: 1933–1939: Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, eigene Berechnungen. 1940: Frerich/Frey 1993)

Ein kurzer vertiefender Exkurs über die Arbeitsmarktsituation in dieser düstersten Epoche der deutschen Geschichte sei an dieser Stelle gestattet, da dieses Thema immer noch einer gewissen Mythenbildung ausgesetzt ist. Die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit durch das NS-Regime fand zu einem Teil lediglich auf der Ebene von Ideologie und Informationskontrolle statt. So weisen beispielsweise die statistischen Jahrbücher dieser Ära schon bald nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten keine Arbeitslosenquoten mehr auf, sondern nur noch Beschäftigungsquoten, die auch von anderen Variablen, wie z. B. der Erwerbsbeteiligung abhängen. Immer häufiger werden statt leicht vergleichbarer Anteilswerte und Quoten sperrige Absolutzahlen oder undurchsichtig konstruierte Indizes veröffentlicht, die Arbeitslosenzahlen werden durch Weglassen bestimmter Gruppen schöngerechnet (vgl. auch Mason 1975: 47). Schließlich wird die Reichsstatistik selbst mit Kriegsausbruch 1938 zur Verschlussache für den dienstlichen Gebrauch erklärt. Die praktische Arbeitsmarktpolitik des NS-Regimes beschränkte sich zunächst auf den Ausbau der schon von den Weimarer Arbeitsmarktpolitikern initiierten Maßnahmen; beispielsweise die direkte oder indirekte Subvention von Neueinstellungen in den Betrieben, aber auch die Durchführung von öffentlichen Arbeiten unter Heranziehung von Erwerbslosen, so beim „berühmten“ Autobahnbau und bei Bodenverbesserungsarbeiten. Letzteres geschah zu geringen Löhnen und unter ausdrücklichem Verzicht auf Produktivitätserwägungen aller Art – zu großen Teilen in Handarbeit (Mason 1975: 55). Solche Unterfangen verwandelten offene Erwerbslosigkeit in schlecht bezahlte, unproduktive Überbeschäftigung; dies wirkte sich nicht nur zuungunsten des Lebensstandards der Arbeitnehmerschaft aus, sondern hatte auch andere negative volkswirtschaftliche Folgen, wie beispielsweise das enorme Anwachsen gering- oder unproduktiver Staatsausgaben, sowie eine Geldentwertung unter extremer Aufblähung der zirkulierenden Geldmenge, die nur durch die Abschottung der Volkswirtschaft gegen produktivere ausländische Konkurrenz nicht bemerkbar war und so zunächst folgenlos blieb. Wirtschaftswissenschaftler

sprechen in diesem Zusammenhang von „latenter Inflation“. Den Schlusspunkt bildete dann die NS-Rüstungs- und Kriegswirtschaft mit ihren gigantischen Staatsinvestitionen und darauf aufbauenden Schuldengebirgen; all dies führte letztlich später zur radikalen Geldentwertung der Währungsreform von 1948/49. Mit Kriegsbeginn 1938/39 sanken die Erwerbslosenzahlen wieder auf Vollbeschäftigungsniveau; in den späteren Kriegsjahren herrschte gar Arbeitskräftemangel, der seitens der NS-Machthaber durch Stellenwechsel- und Kündigungsverbote sowie durch Zwangsrekrutierungen und Zwangsarbeit bekämpft wurde.

Tabelle 4: Erwerbslosigkeit 1946–1949

Arbeitslosenquoten 1946–1949 in der amerikanischen und britischen Besatzungszone (Bizone), ab 1950 in der Bundesrepublik Deutschland (in % der Erwerbstätigen)

1946: 7,5	1947: 5,0	1948: 4,5	1949: 8,0 (nur 1. Quart.)
-----------	-----------	-----------	---------------------------

(Quelle: WiSt 1949/50)

Unmittelbar nach Kriegsende 1945 entstand in Deutschland wieder Erwerbslosigkeit größeren Ausmaßes. Die Gründe dafür waren kriegsbedingte Zerstörungen von Fabriken, Anlagen und Transportwegen, Demontage durch die Besatzungsmächte und der Rück- und Umbau der Rüstungsproduktion. Eine wichtige Rolle spielte auch die Lähmung des wirtschaftlichen Lebens durch den desolaten und unklaren politischen und sozialen Zustand nach der Niederlage des NS-Regimes, die unklare Währungsituation und – in starkem Maße – die Rückkehr der Kriegsteilnehmer und entlassenen Kriegsgefangenen und der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen auf den Arbeitsmarkt. Doch im Verlauf einer Dekade sollte sich dies ändern.

... Fortsetzung folgt

Literatur:

- Abelshauer, W. (Hg., 1987): Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat, Stuttgart
- Frerich, J./Frey, M. (1993): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, 3 Bde., München/Wien
- Galenson, W./Zeller, A. (1957): International Comparison of Unemployment Rates, in: The Measurement and Behaviour of Unemployment, Princeton N. J.
- Kosche, E./Bach, H. W. (1991): Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Sozialer Fortschritt, 40. Jg., S. 122–132
- Kuczinsky, J. (1962): Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3 und 4, Berlin
- Mason, T. (1975): Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen
- Niess, F. (1979): Geschichte der Arbeitslosigkeit, Köln
- Petzina, D./Abelshauer, W./Faust, A. (1978): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München
- Petzina, D. (1987): Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik, in: Abelshauer, W. (Hg.): Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat, Stuttgart
- Schönhoven, K. (1987): Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt/M.
- Statistisches Bundesamt (1972): Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Stuttgart
- Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches: verschiedene Jahrgänge, herausgegeben vom Reichsamt für Statistik, Berlin
- WiSt (1949/50): Wirtschaft und Statistik, 1. Jg., Neue Folge

⁵ 1928 begann die offizielle Zählung der Arbeitslosen.

⁶ Wegen einer anderen Berechnungsgrundlage weichen die Quoten der Tabelle 3 von den Zahlen in Tabelle 2 geringfügig ab. Die Berechnungen in 2 fußen auf den Daten der Arbeitslosenversicherung, die in Tabelle 3 auf den Daten der Krankenversicherung, die – anders als die Daten der Arbeitslosenversicherung – in der NS-Zeit bis 1939 kontinuierlich erhoben worden sind.

Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit – Teil 3: Von der Ära des Wirtschaftswunders bis zum Jahr 2000

Fortbestehende Arbeitslosigkeit in nicht unbeträchtlichem Umfang gehört seit nunmehr rund drei Jahrzehnten wieder zum Normalzustand des deutschen Arbeitsmarktes. Sie belastet nicht nur die unmittelbar betroffenen Menschen, sondern auch die Systeme der sozialen Sicherung und die Beitragszahler erheblich – von indirekten Folgen ganz zu schweigen. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns permanent mit vielfältigen Aspekten des Phänomens Arbeitslosigkeit auseinandersetzen, wobei stets eine gewisse Gefahr besteht, unter dem Eindruck des „hier und jetzt“, des alltäglichen Problemhandelns, den Blick für die Grundstrukturen und langfristigen Entwicklungen des Arbeitsmarktes zu verlieren. Um dem ein Stück weit entgegenzuwirken, sei ein kurzer Blick in die Geschichte der Arbeitslosigkeit gestattet¹. Dies soll in drei Teilen geschehen, von denen zwei bereits an dieser Stelle erschienen sind. Zunächst ging es um Arbeitslosigkeit in vor- und frühindustriellen Gesellschaften: Vor der Industrialisierung gab es damals zwar schon Arbeitslose, doch sie wurden nicht von den übrigen „Armen“ unterschieden, da die Spezifik ihres Problems außerhalb gesellschaftlicher Wahrnehmungsmuster lag. Mit der Industrialisierung begann dann die allmähliche Herauslösung der Arbeitslosigkeit aus dem allgemeineren Kontext der Armutfrage. Der zweite Teil befasste sich dann mit der Arbeitslosigkeit von der Gründerzeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, der dritte und letzte Teil in dieser Ausgabe reicht von der Wirtschaftswunderära bis zum Jahr 2000.

In den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts erlebte die bundesdeutsche Wirtschaft eine anhaltende Wachstumsperiode, die als „Wirtschaftswunder“ in die Geschichte eingegangen ist. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch der nachholende Konsum nach den Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre, die Massenmotorisierung und die Ausstattung der Haushalte mit technischen Haushaltsgeräten. Massenkonsum, standardisierte Massenproduktion und soziale Integration auch der „Arbeiterklasse“ kennzeichnen diese historische Epoche. Das „fordistische“ Produktions-, Konsumtions- und Sozialmodell setzt sich mit einigen Jahrzehnten Verzögerung nun auch in Deutschland durch (vgl. Hirsch/Roth 1986). Gegen Ende der fünfziger Jahre verschwand denn auch die Erwerbslosigkeit bis auf einen „Bodensatz“ von rund 1% von der Bildfläche der Bundesrepublik.

Tabelle 1: Erwerbslosigkeit 1950–1960

Arbeitslosenquoten ab 1950 in der Bundesrepublik Deutschland (in % der Erwerbstätigen)²

1950:	11,0	1954:	7,6	1958:	3,7
1951:	10,4	1955:	5,6	1959:	2,6
1952:	9,5	1956:	4,4	1960:	1,3
1953:	8,4	1957:	3,7		

(Quelle: Statistisches Bundesamt 1972)

Man glaubte, die Arbeitslosigkeit besiegt zu haben, und in der Metapher vom „goldenen Viereck“ aus Geldwertstabilität, Außenwirtschaftsüberschüssen, Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung spiegelt sich die Wahrnehmung des damaligen Zustandes als eine Art „goldenes Zeitalter“ (vgl. auch Lutz 1984).

Hier möchte ich nun einen Schnitt machen, um die historischen Befunde zu einer Art Epochenfolge zu verdichten. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit vom Mittelalter bis ins ausgehende zwanzigste Jahrhundert lässt sich in folgende Perioden unterteilen: **Präkapitalistische Erwerbslosigkeit** ist verursacht von Landlosigkeit und Nicht-Zugehörigkeit zu einem Haushalt oder einer Gefolgschaft – interessant ist, dass das griechische Wort „oikos“ den Haushalt und die dazugehörigen Produktionsmittel und Ländereien in Bedeutungseinheit zusammenfasst. Erwerbslosigkeit ist für diese Epoche einfach ein Aspekt des Problem-

komplexes Armut und Landlosigkeit; kein eigenständiges, isoliert betrachtbares Problem, da die land- bzw. haushaltsgebundene Form des Wirtschaftens trotz der punktuellen Existenz von Lohnarbeit dominierte. Die Wahrnehmung und „Regulierung“ von Erwerbslosigkeit sowie die entsprechenden Normen und Institutionen findet dementsprechend nicht gesondert statt, sondern im Rahmen der Normen, Regulierungsmuster und Institutionen von Armut und Landlosigkeit. Das Verhalten von Individuen und Institutionen gegenüber Armen und Landlosen schwankte zwischen Fürsorge, Ausgrenzung und physischer Vernichtung; individuelle Armut appellierte an die christliche Barmherzigkeit, während Armut als Massenphänomen prinzipiell den mittelalterlichen sozialen Kosmos erschütterte. In der **frühkapitalistischen Übergangsphase** wurden Armut und Landlosigkeit, vorher nur periodisch zu einem Massenphänomen anschwellend, zu Dauererscheinungen größeren Umfangs; das entstehende Manufakturwesen und die sich teilweise kapitalisierende Landwirtschaft konnten die landlosen Armen kaum absorbieren. Erst die einsetzende überseeische Kolonisation und die beginnende Industrialisierung beendete diese Phase. Mit der Entwicklung und Ausbreitung lohnabhängiger Existenzformen begann sich eine neue soziale Gruppe zu formieren: Der „vierte Stand“ oder das „Proletariat“. Zu dessen speziellen Existenzrisiken gehörten beispielsweise Armut, Krankheit, lebens- und gesundheitsbedrohende Wohn- und Arbeitsbedingungen, und eben auch der Verlust des Arbeitsplatzes in den häufig auftretenden branchen- und gesamtwirtschaftlichen Krisen. Diese **frühindustrielle Erwerbslosigkeit** war in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ein Teil der „sozialen Frage“ oder „Arbeiterfrage“. Erst seit dem ausgehenden neunzehnten Jahrhundert begann sich in Deutschland, zunächst innerhalb der Arbeiterschaft, ein differenziertes Institutionengefüge zur Abfederung proletarischer Existenzrisiken herauszubilden. Die ersten Institutionen zur materiellen Abfederung von Arbeitslosen entstanden in dieser Epoche. Wurde die Arbeiterschaft in dieser Periode noch als zumindest potenziell staatsgefährdende Gruppe angesehen, so war die folgende Periode von einer zunehmenden Verallgemeinerung lohnabhängiger Existenzformen und parallel dazu einer immer stärkeren sozialen Integration der Arbeiterschaft gekennzeichnet. Für diese Epoche hat sich der Fordismusbegriff eingebürgert, so dass ich hier von **fordistischer oder hochindustrieller Erwerbslosigkeit** sprechen möchte. Den durch verschiedene andere Entwicklungen vorbereiteten Eintritt Deutschlands in diese Epoche bildet die Einführung der Arbeitslosenversicherung 1927. Seither ist ein hochdifferenziertes Institutionengefüge zur Abfederung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entstanden; Arbeitslosigkeit wird als Grundproblem der wirtschaftlichen und sozialen Integration demokratischer Gesellschaften angesehen. Mit dem seit zwei bis drei Jahrzehnten beobachtbaren Rückgang des industriellen Beschäftigungsvolumens der frühindustrialisierten Länder hat das Ende dieser Epoche in der Perspektive vieler Beobachter zumindest begonnen.

Tabelle 2a: Erwerbslosigkeit 1961–1984

1961:	0,8	1969:	0,9	1977:	4,5
1962:	0,7	1970:	0,7	1978:	4,3
1963:	0,8	1971:	0,9	1979:	3,8
1964:	0,8	1972:	1,1	1980:	3,8
1965:	0,7	1973:	1,2	1981:	5,5
1966:	0,7	1974:	2,6	1982:	7,5
1967:	2,1	1975:	4,7	1983:	9,1
1968:	1,5	1976:	4,6	1984:	9,1

¹ Vgl. hierzu ausführlicher Niess 1979, Kosche/Bach 1991, Freich/Frey 1993.

² Die Zahlen von 1950 bis 1958 sind ohne das Saarland berechnet.

Tabelle 2b: Erwerbslosigkeit 1985–1989

1985:	9,3
1986:	9,0
1987:	8,9
1988:	8,7
1989:	7,9

(Quellen für Tabellen 2a und b: 1961–1971: Statistisches Bundesamt 1972; 1972–1989: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, versch. Jahrgänge)

„Der kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984) war in der Mitte der 1970er Jahre ausgeträumt. Der plötzliche Anstieg der Erwerbslosigkeit in der Rezession 1967/68 konnte zwar bald wieder ausgeglichen werden, dies gelang bei den folgenden Konjunkturreinbrüchen aber nicht mehr in vollem Maße. Wie die Tabelle zeigt, geschah die Ausweitung der Erwerbslosigkeit nicht kontinuierlich, sondern in Schüben: So lassen sich seit Bestehen der Bundesrepublik vier wirtschaftliche Rezessionsphasen identifizieren, in denen jeweils konjunkturelle Probleme und strukturelle Entwicklungen in der Wirtschaft zu einem Rückgang der Beschäftigung geführt haben.

Die erste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik 1967/68 entstand aus sektoralen Krisen in Bergbau und Textilindustrie und einem allgemeinen konjunkturellen Einbruch. Zusammen mit den Folgen der Automatisierung entstand ein Beschäftigungsrückgang von fast einer Million Arbeitsplätzen, der aber zu rund einem Drittel durch den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials und zu einem Viertel durch den Aufbau einer „stillen Reserve“³ kompensiert wurde, so dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen trotz allem nur bei etwas mehr als 300.000 Personen lag. Im anschließenden Aufschwung wurde wieder annähernd Vollbeschäftigung erreicht. 1974/76 führten schlagartig ansteigende Energie- und Rohstoffpreise, möglicherweise auch die Anti-Inflationspolitik der damaligen Bundesregierung (so Engelen-Kefer u. a., 1995: 116), zur zweiten Rezession („Ölkrise“), in der die Arbeitslosenzahl bis über 1 Mio. Personen anwuchs. Anders als die vorangegangene Krise traf diese Rezession erstmals auf ein wachsendes Erwerbspersonenpotenzial, so dass der Beschäftigungsrückgang wesentlich stärker auf die Arbeitslosenzahl durchschlug. Vor allem der konjunkturellen Belebung und der beginnenden aktiven Arbeitsmarktpolitik war es zu verdanken, dass sich trotz weiter wachsender Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung die Arbeitslosenquote bis auf 3,7% im Jahre 1980 verringerte. Vollbeschäftigung wurde seither allerdings nicht mehr erreicht, für die auch in konjunkturell positiven Perioden bestehende Erwerbslosigkeit über der 1%-Grenze wurde der Terminus „Sockelarbeitslosigkeit“ geprägt. Bei der nächsten Rezession 1981/83 ließen sich mit der mikroelektronischen Revolution und dem damit verbundenen Produktivitätsanstieg bei gleichzeitig stagnierenden Absatzmärkten wichtige Ursachen für den Fortbestand der Erwerbslosigkeit erkennen, die bereits seit Mitte der 70er Jahre wirksam waren. In diesem Zusammenhang wurden die Begriffe „technologische“ und „strukturelle“ Arbeitslosigkeit geprägt. Als weitere Ursachen werden hier der zweite „Ölpreisschock“, aber auch die Politik der Geldwertstabilität und der damit zusammenhängende Rückbau der staatlichen Konjunkturbelebungs- und Arbeitsmarktprogramme genannt (Engelen-Kefer u. a., 1995: 116). Die Krise 1981/83 schlug besonders durch, weil einem Rückgang der Beschäftigung von rund 700.000 Arbeitsplätzen ein Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials von etwa 620.000 Personen gegenüberstand, so dass die Erwerbslosigkeit um knapp eine Million Menschen anwuchs – weit stärker, als dies dem reinen Rückgang der Beschäftigung entsprechen hätte. Bei der anschließenden konjunkturellen Erholung verringerte sich die Erwerbslosigkeit nur auf rund 7%, um dann in der nächsten Krise 1992/94 erneut emporzuschneiden. Für diese Krise werden, neben der geldwertorientierten Stabilitätspolitik, das Ende der durch die deutsche Wiedervereinigung bedingten Sonderkonjunktur und weltweite Rezessionstendenzen bei gleichzeitig wachsender Produktivität und forcierten Rationalisierungsmaßnahmen verantwortlich gemacht.

Tabelle 3: Arbeitslosenquoten und preisbereinigte Veränderungsraten des Bruttonozialproduktes 1990–1997 (%)

Jahr	Arbeitslose	Veränd. d. BSP	Jahr	Arbeitslose	Veränd. d. BSP
1990:	7,2	5,7	1994:	10,6	2,7
1991:	7,3	5,0	1995:	10,4	1,8
1992:	8,5	2,2	1996:	11,5	1,4
1993:	9,8	-1,2	1997:	12,7	2,2

(Quellen: Arbeitslosenquoten 1990–1996: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, versch. Jahrgänge; ab 1997: BA 2004; BSP-Raten: Institut der deutschen Wirtschaft 1998)

Nach der seinerzeit vollmundig als „schwerste Rezession der Nachkriegsgeschichte“ bezeichneten Einbruchphase 1993 fand zwar wieder eine konjunkturelle Belebung statt; die Erwerbslosigkeit wuchs jedoch weiter an und steht mittlerweile (Juni 2004) bei rund 10,5% der Erwerbstätigen. „Jobless Growth“, Wachstum ohne Rückgang der Arbeitslosigkeit ist das in der angelsächsischen Diskussion entstandene Schlagwort hierfür.

Tabelle 4: Arbeitslosenquoten 1998–2002 (in % der Erwerbstätigen)

1998:	12,3	2001:	10,3
1999:	11,7	2002:	10,8
2000:	10,7		

Seit Mitte der 70er Jahre besteht in Deutschland also kontinuierlich Massenarbeitslosigkeit. In den neunziger Jahren hat das Niveau der Erwerbslosigkeit historisch nahezu einzigartige, bislang nur in der Spätphase der Weimarer Republik gekannte Ausmaße angenommen – was zu einem Epochenvergleich anregt: Die Erwerbslosigkeit in der Frühphase der Industriegesellschaft war zu einem großen Teil saisonal bedingt, wie die extremen Monatschwankungen der Arbeitslosenzahlen in der Statistik des Kaiserreiches sogar noch 1900 zeigen. Mit dem Erstarren des industriellen Sektors kamen konjunkturelle Ursachen hinzu: Das Anwachsen der Erwerbslosigkeit war stets eine Begleiterscheinung wirtschaftlicher Rezessionstendenzen, nach Abklingen der Rezession sanken die Arbeitslosenzahlen wieder auf ein geringes Niveau. Doch seit Mitte der 70er Jahre ist ein eigenartiges Phänomen zu beobachten: Nach wie vor sinkt die Arbeitslosenquote mit Durchschreiten der Talsohle der Rezession wieder ab, der Minimalwert wird dann im Höhepunkt der Prosperitätsphase erreicht; konjunkturelle Einflüsse sind also immer noch deutlich sichtbar. Doch der Minimalwert steigt von Hochphase zu Hochphase immer weiter an. Ein stetig wachsender Sockel von Erwerbslosen bleibt also auch in wirtschaftlichen Prosperitätsphasen zurück. Diese Sockelarbeitslosigkeit, die sich im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte, hat vielfältige Ursachen (vgl. Promberger 2002: 43 ff.). Sie erfordert nicht nur ein weit höheres soziales Akzeptanzniveau, sondern stellt auch eine Änderung wesentlicher Parameter sowohl der Sozialstruktur an sich, wie auch der Legitimität von Sozial- und Wirtschaftspolitik dar. Die fortbestehende Arbeitslosigkeit wird damit am Beginn des 21. Jahrhunderts mehr denn je zur gesellschaftlichen Herausforderung schlechthin.

Literatur:

- BA (= Bundesagentur für Arbeit, 2004): Zeitreihe Arbeitslose ab 1948, in: http://www.1.vz.ba.de/hst/it43/daten/detail_intranet/d.html
- Engelen-Kefer, U./Kühl, J./Peschel, P./Ullmann, H. (1995): Beschäftigungspolitik. 3. Aufl. Köln
- Frerich, J./Frey, M. (1993): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, 3 Bde. München/Wien
- Hirsch, J./Roth, R. (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Frankfurt

³ Personen, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit anstreben, ohne arbeitslos gemeldet zu sein.

Institut der deutschen Wirtschaft (1998): Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Köln

Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/New York

Niess, F. (1979): Geschichte der Arbeitslosigkeit. Köln

Promberger, M. (2002): Das VW-Modell und seine Nachfolger. Pioniere einer neuartigen Beschäftigungspolitik. München/Mering

Kosche, E./Bach, H. W. (1991): Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Sozialer Fortschritt, 40. Jg., S. 122-132

Statistisches Bundesamt 1972: Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972. Stuttgart

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, versch. Jahrgänge. Stuttgart

Erschienen als:

Promberger Markus (2005): Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit - Teil 1:
Vom Mittelalter bis zur Industrialisierung, in:
Arbeit und Beruf, H. 1/2005, S. 1 - 2

Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit - Teil 2:
Von der Gründerzeit bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in:
Arbeit und Beruf, H. 2/2005, S. 33 - 34

Eine kurze Geschichte der Arbeitslosigkeit - Teil 3:
Von der Ära des Wirtschaftswunders bis zum Jahr 2000, in:
Arbeit und Beruf, H. 3/2005, S. 65 - 67